

Freitag, 23. Januar 2026  
18.00 Uhr  
Rathaus Duisburg

Vortrag im Ratshaussaal

**„Ziemlich allerbeste Freunde“ –  
Deutsch-Französische Ein- und Aussichten**

Von der Gründung der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich im Landtag 2010 bis  
zum „Aachener Vertrag“ 2019

Oliver Keymis  
Landtagsvizepräsident a.D.

Sehr geehrter Herr Generalkonsul, lieber Étienne Sur,  
sehr verehrte Frau Bürgermeisterin, liebe Edeltraud Klabuhn,  
liebe Frau Vorsitzende der DFVG Duisburg e.V., liebe Waltraud Schleser,  
verehrte Gäste, sehr verehrte Damen und Herren, liebe Freundinnen und Freunde  
der deutsch-französischen Freundschaft!

Zunächst darf ich mich für die Einladung, hier heute zu Ihnen sprechen zu dürfen,  
sehr herzlich bedanken. Wer weiß, was die Duisburger in die deutsch-französische  
Freundschaft mit ihrem großen Engagement investieren, der ist nicht nur sehr  
beeindruckt, sondern auch sehr dankbar! Dir liebe Waltraud Schleser und all Deinen  
engagierten Mitstreiterinnen und Mitstreitern ein besonderer Dank!

Dem Titel nach **„Ziemlich allerbeste Freunde“ – Deutsch-Französische Ein- und  
Aussichten** - Von der Gründung der Parlamentariergruppe NRW-Frankreich im  
Landtag 2010 bis zum „Aachener Vertrag“ 2019“ kann das heute hier ein verdammt  
langer und anstrengender Abend werden. Und unsere deutsch-französischen  
Beziehungen sind uns das auch allemal wert. – Aber die Zeiten sind ja ohnehin sehr  
anstrengend, das Jahr 2026 begann weltpolitisch noch bewegter, als das Jahr 2025  
geendet hatte. Und die meisten, die man trifft und spricht bewegt trotz alledem vor  
allem und immer noch nur eines: die Hoffnung, dass irgendwie alles irgendwann  
wieder besser, vor allem friedlicher wird.

Was aber heißt das? So wie früher? Als Angela Merkel Putin auf Russisch beschimpfte und besänftigte, wenn der sich bedroht oder herausgefordert fühlte? –

Immerhin schaffte die Altkanzlerin es immer, im Dialog zu bleiben und so mancher rieb sich verwundert die Augen, als ihr ehemaliger Außenminister und heutiger Transatlantik-Vorsitzender Sigmar Gabriel in einer der unablässig auf uns heruntergesendeten Talkshows der etwas verdattert dreinblickenden Frau Maischberger die steile These verkündete, die man bis dato nur vom Ungarn-Führer Orban gelesen hatte: Wäre Frau Merkel noch Bundeskanzlerin, es gäbe diesen Ukraine-Krieg nicht. So spricht auch Präsident Trump, wenn er von sich spricht.

Völlig irreale Zeiten! – Aber gelitten und gestorben wird, überall auf der Welt ganz real. Und das macht einen nicht nur betroffen, sondern auch so unglaublich rat- und hilflos.

Die Antwort auf solche Erfahrungen ist eigentlich immer die Gleiche: tue selbst etwas, bringe Dich ein, engagiere Dich für ein oder Dein Thema!

So, wie Ihr es hier in Duisburg, liebe Waltraud, so vorbildlich macht, Eure vielfältige und ansprechende Verständigungs- und Vermittlungsarbeit für die deutsch-französische Freundschaft ist beeindruckend.

Diese Freundschaft ist der europäische Kern des Friedens und der Freiheit, in dem wir hier bis jetzt noch leben. Warum das so kam, darauf komme ich im Weiteren noch zu sprechen. Wie auf so vieles andere.

Aber feststeht: ohne diese grundlegende Verständigung sähe dieser Land-Zipfel im Westen des riesigen eurasischen Kontinents nach 1945 noch lange nicht so aus, wie wir ihn heute erleben dürfen. Und ohne das beherzte kriegereische Eingreifen der Alliierten gegen das verbrecherische Nazi-Regime schon gar nicht!

Deshalb sind die meisten von uns so friedensbewegt und wollen keinen Krieg. Aber Pazifisten sind nur Wenige, die allerdings auch unseren besonderen Respekt verdienen.

Die Übrigen wissen, dass beides zusammengehört: Friedenswille und Verteidigungsfähigkeit. So bitter es ist, weil man das viele Geld, was, gerade auch derzeit wieder in Rüstungsgüter investiert wird, so viel sinnvoller und sinnstiftender ausgeben könnte. Deshalb gilt auch hier das wichtige Wort von „Maß und Mitte“, so sehe ich es.

Und vor allem: Wir müssen nicht nur friedenswillig, sondern immer auch abrüstungswillig sein und bleiben. Als wir uns nach 1990 etwas weniger waffenstarrend gegenüberstanden, waren wir alle grundsätzlich besser dran: psychisch, wirtschaftlich und moralisch. Dass wir diesen besseren Zustand, mit weniger Waffen und mit mehr Verständigung in der Welt immer wieder und immer neu anstreben müssen, ist eine der entscheidenden Aufgaben von Diplomatie!

Davon, so finde ich, ist derzeit aber insgesamt zu wenig die Rede und von den dafür notwendigen diplomatischen Initiativen auf allen Seiten leider auch.

Was löste die kürzlich von Präsident Macron geäußerte Ansicht mal wieder alles an Reaktionen aus!

Auch „wir Europäer“, so Macron, täten doch gut daran, so bald wie möglich selbst mit dem Kreml zu sprechen.

Es nutze nichts, wenn wir immer mitverhandelten, aber hinterher Andere unter sich und ohne uns diese Verhandlungen in Moskau dann weiterführten.

Wo der Präsident recht hat, was wir nicht immer finden können, hier hat er allerdings recht!

Armin Laschet, Vorsitzender des Auswärtigen Ausschusses, sprach von der drohenden „Selbstentmündigung Europas“, womit er Macrons letzten Vorschlag, ein erweitertes G-7-Treffen ausdrücklich unterstützte, den aber Macron zurückziehen musste, nachdem er durch Präsident Trumps gezielte Indiskretion torpediert worden war. Bitter für Macron, aber eben auch für uns alle, als Europäer.

Und natürlich gab es sofort auch den politischen Gegenwind aus den eigenen Reihen. Mit Putin kann man nicht reden. Grüne forderten gemeinsam mit Herr Kiesewetter von der Union gleich wieder den Taurus-Einsatz gegen Moskau und ansonsten vielseitig beredtes Schweigen.

Das lässt Europa am Ende so kraftlos aussehen: während der Präsident der einzigen EU-Atom-Macht wieder den Dialog suchen will, ruft die frühere grüne Friedenspartei nach dem Einsatz des härtesten Bombenhammers, den wir Deutsche auf Lager haben. Diplomatische Initiativen? Fehlanzeige. Nur was für ‚Putin-Versteher‘. Aber wer versteht den schon?

Verdammt komplexe und komplizierte Zeiten, in denen wir leben. Aber das war auch schon immer so und ist eigentlich gar nichts Neues.

Auch dass Großmächte hegemoniale Interessen haben, ist nicht neu.

Auch dass sie dafür bomben und einmarschieren nicht. Dass es drei Weltmächte auf diesem Erdenrund gibt, die sich darum streiten, wer der Mächtigste ist. Nichts Neues. Erinnern Sie sich an Ihre Jugend und welche Witze da kursierten, vor etwa 50 Jahren schon: „Treffen sich ein Amerikaner, ein Russe und ein Chineser, sagt der Russe: ... usw., usw., alles nichts Neues.

Etwas Neues wäre es, wenn wir endlich wieder auf Politiker stießen, die sich ihrer Aufgabe, Frieden und Freiheit zu sichern, ideologiefrei und pragmatisch bewusst wären. Die wissen, dass Außenpolitik vor allem Interessenpolitik ist, immer auch Außenhandelspolitik ist und ebenso dringend mit Kulturpolitik und den Werten, die wir leben wollen verbunden sein sollte.

Wer aber Goethe-Institute in Frankreich, Italien, Niederlande und Washington schließt, um zu sparen, oder auf die Idee käme, diverse Instituts français zu schließen, weil es angeblich kein Geld mehr dafür gibt, der hat schon diese sogenannte „dritte Säule“ der Auswärtigen Politik, die eben Kultur und Werte ausmacht, leider nicht verinnerlicht und veräußert damit einen Teil seiner eigenen Interessen.

Womit wir mitten drin sind und da, wie alles, auf dem wir heute unsere deutsch-französischen Beziehungen, bauen, eigentlich begann:

Im Grunde war es „an einem Tag im September“. Einige wissen schon, worauf ich hinauswill. Ja, dieser ZDF-Film von 2025:

**An einem Tag im September** (französischer Titel: **De Gaulle et le Chancelier**) ist ein deutsch-französischer Fernsehfilm aus dem Jahr 2025 über die erste Begegnung des damaligen deutschen Bundeskanzlers Konrad Adenauer mit Charles de Gaulle am 14. September 1958 im privaten Landsitz *La Boisserie* des französischen Generals und späteren französischen Staatspräsidenten im Dorf *Colombey les Deux Églises* in der Region Champagne-Ardenne.

Bei diesem „privaten“ Treffen auf Einladung de Gaulles wurde der Grundstein zur Überwindung der deutsch-französischen „Erbfeindschaft“ gelegt.

Der Film entstand nach dem hervorragenden Drehbuch von Fred Breinersdorfer unter der klugen und einfühlsamen Regie von Kai Wessel.

Ein meisterliches TV-Kammerspiel, großartig besetzt mit Jean-Yves Berteloot als Ministerpräsident Charles de Gaulle, Burghart Klaußner als Bundeskanzler Konrad Adenauer und Hélène Alexandridis als Yvonne de Gaulle, die fast unsichtbar und doch so eindeutig die richtigen Fäden zieht, damit sich diese beiden Männer mit ihren so unterschiedlichen Geschichten bei ihrem ersten Treffen am 14. September 1958 persönlich näherkommen.

Mit Ihrer vorausgesetzten Erlaubnis will ich eine der entscheidenden Passagen etwa ab Minute 60 des Films hier noch einmal in Erinnerung rufen:

„(...)

**Adenauer:** Für mich wäre ein enger Verbund unserer beider Staaten in der sich gerade bildenden EWG ein geradezu ideales Ziel. Denn ich verspreche mir von einem vereinten Europa in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft eine Stärkung unserer Stellung gegenüber der Sowjetunion und den USA, ohne deren Schutzgarantie zu gefährden. Haben Sie Ihre Skepsis gegenüber der EWG überdenken können?

**De Gaulle:** Die Bundesrepublik ist in der europäischen Wirtschaftsgemeinschaft die leistungsstärkste Wirtschaftsmacht und dazu besitzt sie ein enormes Wachstumspotential. Aber sie ist eingeklemmt zwischen zwei Machtblöcke, die sich spinnefeind sind und Deutschland kontrollieren.

**Adenauer:** Gerade deswegen ist die Annäherung an Frankreich für mich eine außerordentlich wichtige Option.

**De Gaulle:** Wir sollten in einen dauerhaften Dialog eintreten, was die gegenseitigen wirtschaftlichen Interessen betrifft und die Außenpolitischen ebenso.

**Adenauer:** Das schwebt mir auch vor, Herr De Gaulle, ich bin glücklich, dass Sie das Thema ständiger Konsultationen ansprechen.

(...)

**De Gaulle:** Wenn Sie es wünschen, könnten wir beide ja die praktischen Fragen sammeln, die für diese Konsultation infrage kommen, Monsieur.

**Adenauer:** Gerne. Wenn Sie beginnen wollen...

**De Gaulle:** Ich sehe als ersten Punkt: die Abrüstung. In dieser Frage werden wir eine gemeinsame Position finden müssen. Dann zweitens, der Nahe Osten...

**Adenauer:** ...und denken Sie auch an wirtschaftliche Zusammenarbeit, die Stabilisierung von Währungen, in Europa...

**De Gaulle:** ...ganz besonders wichtig für Frankreich...sodann viertens, ein Projekt, dass wir quasi umgehend in Angriff nehmen könnten, wenn wir es wollen: und zwar die gemeinsame Produktion von Waffen, eine vertiefte Zusammenarbeit wäre sehr wünschenswert, in all diesen Bereichen.

**Adenauer:** Dann werden wir die beiden europäischen Mächte sein, die konkret etwas gemeinsam unternehmen! – Und fünftens, wir müssen eine gemeinsame Position bei der Entwicklung der EWG zu einer europäischen Freihandelszone einnehmen.

**De Gaulle:** Ich persönlich konnte ja einem supranationalen Verbund von Staaten nie sehr viel abgewinnen, auch wenn ich glaube, dass eine enge Kooperation in Europa wertvoll sein kann. Auch das ist ein Thema, dem wir uns langfristig werden widmen müssen.

**Adenauer:** Ich danke Ihnen für diese Aufzählung, die auch nach meiner Meinung wünschenswerte Perspektiven für eine Zusammenarbeit in der Zukunft eröffnet.

**De Gaulle:** Monsieur Adenauer, ich schlage vor, dass wir die Punkte ausformulieren und schriftlich niederlegen, dann hätten wir auch etwas für die Öffentlichkeit.

**Adenauer:** Gerne. Wenn Sie einen Vorschlag machen wollen...

**De Gaulle:** Oh ja...erarbeiten wir doch ein ‚gemeinsames Kommuniqué‘.

*(Adenauer nickt zustimmend.)*

**De Gaulle** *(steht auf)*: Monsieur Adenauer, darf ich Sie auf einen gemeinsamen Spaziergang durch unser Dorf einladen?

**Adenauer** *(steht ebenfalls auf)*: Es ist mir eine Ehre.“ (...)

Diese kleine, nicht mal fünf Minuten spielende Szene ist ein schönes Paradebeispiel diplomatischer Kunst. Adenauer, der (als Gast) seine Vision vom deutsch-französischen Verbund bewusst zwischen die großen Siegermächte platziert, die USA als Schutzpatron im Blick.

Und de Gaulle, der, als Gastgeber, die Initiative ergreift, die Idee zu konkretisieren durch gemeinsame Projekte und Initiativen, wobei Adenauer, ganz Gast und im Bewusstsein der deutschen Position, de Gaulle zweimal den Vortritt lässt. Großartig erfunden, so gut, dass man es für wahr halten könnte. Aber so ähnlich mag es sich, nach den fürs Drehbuch genutzten Notizen, ja sogar abgespielt haben.

Fakt jedenfalls ist: Ohne diese Begegnung und die Folge-Geschichte hätte ich meine spätere Frau, die in Krefeld geboren wurde, ich in Düsseldorf, vermutlich nicht am bretonischen Atlantik kennengelernt, wo sie als Austauschschülerin weilte, während ich mit einem Freund und seinem R4 dorthin fuhr, weil wir wissen wollten, wie die Partnerstadt Meerbuschs, Fouesnant, aussieht.

Wenn nämlich der Grundschulrektor Rolf Cornelißen nicht 1962 Charles de Gaulle auf dem Düsseldorfer Rathausplatz erlebt hätte, wäre er fünf Jahre später nicht auf die Idee gekommen, aufgrund einer Zeitungsannonce der Atlantik-Gemeinde Fouesnant in der Rheinischen Post „Wir suchen eine Partnerstadt am Rhein“, spontan mit drei Mitbürgern im VW-Bus im März 1967 an den Atlantik zu reisen und dem völlig überraschten Colonel L’Helgouach die Partnerschaft anzubieten.

Und wenn der Colonel und sein Bürgermeister Louis Le Calvez nicht unterschrieben hätten, ich wäre heute vermutlich nicht hier.

So hängt eben wirklich fast alles mit fast allem zusammen und ähnliche Erlebnisse und Geschichten kann vermutlich jede und jeder hier im Saal berichten.

Und dann wäre vermutlich auch im Jahre 2010 eben nicht die erste und bis heute einzige deutsch-französische Parlamentariergruppe in einem Landtag offiziell gegründet worden. Mein Vorschlag im vierten Jahr meiner Vizepräsidentschaft wurde vom damaligen Landtagspräsidium sofort unterstützt und ich bin wirklich froh sagen zu können, dass diese Freundschaftsgruppe, neben einigen anderen, ebenso wichtigen Gruppen, im Landtag von Nordrhein-Westfalen bis heute existiert.

Dass der Bundestag solche Gruppen pflegt ist selbstverständlich. Dass der NRW-Landtag die besondere Bedeutung der deutsch-französischen Beziehungen, ganz im Sinne von Adenauers Vision 1958, bis heute auch besonders herausstellt, ist immer noch etwas Besonderes.

Die Gruppe hat nicht nur diverse Reisen nach Berlin und nach Paris, an die Landungsküste und immer wieder auch in unsere NRW-Partnerregion „Hauts-de-France“ mit der Hauptstadt Lille unternommen, sondern pflegt eben auch seit nunmehr 16 Jahren intensive Kontakte zum Französischen Generalkonsulat, zur Botschaft in Berlin, zu den Instituts français, zu zahlreichen französischen Firmen in NRW und weist mit Veranstaltungen auf besondere Jahrestage, wie Beginn und Ende Erster Weltkrieg, Jubiläen von Freundschaftsverträgen „Traité de l'Élysée“ und „Aachener Vertrag“ auf die Besonderheit unserer Beziehungen hin.

Dabei haben wir auch immer im Rahmen des „Weimarer Dreiecks“ die Kooperation mit Polen gesucht und durch Veranstaltungen deren Bedeutung für uns in Europa hervorgehoben. Mindestens drei französische Botschafter sprachen im Landtag NRW, wir feierten die rund 250 Städtepartnerschaften NRW-Frankreich ebenso wie die knapp 500 Schulpartnerschaften, die von NRW aus mit Französischen Schulen gepflegt werden. Diese zahlreichen Netzwerke an der Basis machen das eigentliche deutsch-französische Miteinander aus.

Hier entstehen Freundschaften, Bindungen, Familien. Hier entsteht die „entente cordiale“, die „Herzensverständigung“, die es um so dringender braucht, je komplexer die Wirklichkeit uns herausfordert.

Kurt Tucholsky hat es so wunderbar einfach auf den Punkt gebracht:

„Den Deutschen muss man verstehen, um ihn zu lieben. Den Franzosen muss man lieben, um ihn zu verstehen.“

Manchmal gelingt einem beides nicht. Jedenfalls verstehe ich die Bundesregierung zu dem jetzt gleich ausführlicher geschilderten Punkt bis heute überhaupt nicht:

26. Mai 2024. Einen Tag, bevor Frankreichs Staatspräsident Emmanuel Macron zum Deutschlandbesuch eintraf, stellte der damalige CDU-Oppositionsführer Friedrich Merz an die noch amtierende Ampel-Bundesregierung diese Forderung: „Es wäre (...) ein starkes Zeichen der Bundesregierung in den Tagen des Besuchs zu entscheiden, die Goethe-Institute in Frankreich – anders als geplant – nicht zu schließen.“

Das sollte Macron gefallen. Und uns, den Deutschland-Frankreich-Freunden, gefiel es auch.



Ausdrücklich und geradezu demonstrativ schlug Friedrich Merz zudem vehement vor, den Schüleraustausch zwischen Deutschland und Frankreich zu verstärken:

„Der wichtigste Pfeiler eines guten und freundschaftlichen Miteinanders unserer beiden Länder ist die junge Generation.“ Gut gebrüllt, Löwe! Damit stimmte Merz in den lauten Chor der Protestierenden ein, die sich bereits 2023 in Zeitungsaufrufen und Offenen Briefen mit großem Engagement gegen die Schließung von Goethe-Instituten als Sparmaßnahme ausgesprochen hatten.

Was war geschehen? Nachdem die Koalitionsparteien 2022 – in letzter Minute – eine Aufstockung des Etats für die Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik beschlossen hatten, griff das Auswärtige Amt im folgenden Jahr erneut zum Sparstift. Dabei hatte erst wenige Monate zuvor die Nationale Sicherheitsstrategie lautstark versprochen: „Wir stärken unsere Auswärtige Kultur- und Bildungspolitik und die Wissenschaftsdiplomatie, die unseren Austausch mit der Welt über Werte und Interessen vorantreiben und damit Deutschlands Chancen zur Vernetzung und Verständigung sicherstellen.“

Mit dieser Sparentscheidung eiferte auch Außenministerin Annalena Baerbock ihrem grünen Vorbild Joschka Fischer nach. Leider.

Dieser hatte als Außenminister im Jahr 2004 ebenfalls deutliche Kürzungen in der auswärtigen Kulturpolitik angekündigt. Der Anteil des Etats für Kultur sank damals von 32,8 % auf 25 %. Trotz zahlreicher Proteste führten diese Pläne zu Schließungsüberlegungen für mehrere Goethe-Institute und deutsche Auslandsschulen.

Am Ende fanden sie jedoch nicht statt – anders als heute. Unter Fischers Nachfolger, Frank-Walter Steinmeier, wurde die Förderung für Goethe Institute und Auslandsschulen stabilisiert und teilweise sogar noch erhöht. Steinmeier betonte mehrfach, dass Kulturpolitik das „dritte Standbein“ der Außenpolitik sei – neben klassischer Diplomatie und Außenwirtschaft.

Der Außenminister hatte – auch strategisch – Recht und er hatte auch das beachtliche Standing, 2023, als Bundespräsident, die geplanten Kürzungen mehrfach und sehr deutlich, insbesondere mit Blick auf die bedrohten Goethe-Institute, zu kritisieren:

Gerade in Zeiten internationaler Krisen müsse die Kulturarbeit im Ausland gestärkt und nicht geschwächt werden, betonte Steinmeier. Und wo der Bundespräsident recht hat, hat er recht.

Wie so viele andere ja auch: Jörg Bong, der als Jean-Luc Bannalec gerade den 15. Kommissar-Dupin-Krimi vorbereitet, schoss mit scharfen Worten am 9. Oktober 2023 aus der Deckung der Süddeutschen Zeitung heraus unter der Überschrift „Baerbocks Verachtung“:

„Die ‚strategische Neuorientierung‘, die das Auswärtige Amt im Munde führt, da es im Osten Europas und auch in Asien neue Institute verspricht, ist schal. Denn was Außenministerin Annalena Baerbock mit Füßen tritt, ist nichts weniger als das europäische Erbe und insbesondere die deutsche-französische Freundschaft, auf die sich nicht nur ihr auswärtiges Haus, sondern unser demokratisches Deutschland gründet. Ein immenser Schaden der Kategorie ‚historisch‘. Der bedauerlicherweise ins große Bild passt: Die gegenwärtige Regie im Auswärtigen Amt – wie überhaupt beinahe die gesamte deutsche Regierung – hat die deutsch-französischen Beziehungen in so vielem so heftig demoliert wie noch keine zuvor.“

Deutlich konzilianter im Ton, aber ebenso entschlossen, nahm die Vereinigung Deutsch-Französischer Gesellschaften für Europa e.V. unter ihrem Präsidenten Jochen Hake Stellung – im Namen von rund 40 deutsch-französischen Institutionen, Vereinen und Verbänden sowie etwa 400 Persönlichkeiten – in dem am 9. Oktober 2023 veröffentlichten „Offenen Brief“ an die damalige Bundesregierung:

„Mit Bestürzung nehmen die unterzeichnenden Organisationen und Personen zur Kenntnis, dass der „Neuausrichtung“ des Vereins der Goethe-Institute drei Büros in Frankreich zum Opfer fallen sollen: Bordeaux, Lille und Straßburg. Mit diesem Beschluss ‚korrigiert‘ die Zentrale in München die von ihr erst 2022 vorgestellte „Vision und Strategie 2026 – Mobilität und Migration“, in der von einer Verringerung der Präsenz in unserem wichtigsten Nachbarland nicht die Rede war. (...) Die Goethe-Institute sind ein zentrales Element für Deutschland, Austausch und Begegnungen mit Deutschen in Frankreich zu ermöglichen sowie Interesse für Deutschland bei Französisinnen und Franzosen zu wecken. (...)

Eine Neuausrichtung darf aber nicht auf dem Rücken der deutsch-französischen Partnerschaft ausgetragen werden, die von beiden Regierungen immer wieder als zentral für die europäische Souveränität bezeichnet wird. Die Unterzeichnenden sehen deshalb in der jetzt vorgestellten ‚Neuausrichtung‘ das falsche Signal zum falschen Zeitpunkt.“

Nur einen Tag zuvor, am 8. Oktober 2023, hatte der Frankreich-Experte Nils Minkmar unter dem provokanten Titel „Fuck you, Goethe“ ebenfalls in der Süddeutschen Zeitung seinen „Aufschrei“ veröffentlicht. Er endete mit den Worten: „Dieser Beschluss des deutschen Außenministeriums ist eine kulturpolitische und strategische Katastrophe.“

Und jetzt, 2026, was folgt aus alledem? Nichts, leider, oder eben nur das große „Déjà-vu“! – Auswärtige Kulturpolitik? Strategie? – Alles Fehlanzeigen!

Johann Wadephul von der CDU ist jetzt Bundesaußenminister und spart genau da weiter, wo seine vielkritisierte Amtsvorgängerin vorzeitig aufhören musste. Wer also in der Erwartung war, dass nach den klaren Ansagen des CDU-Oppositionsführers aus dem Jahr 2024 diese „katastrophale kulturpolitische und strategische Fehlentscheidung“ der Ampel mit einem schnellen „Federstrich“ korrigiert würde, sieht sich bis heute getäuscht.

Alle geschlossenen Goethe-Institute bleiben dicht. Egal was man noch vor einem Jahr lautstark dazu gesagt und gefordert hatte. Symbolträchtige Orte wie Lille, wo vor 136 Jahren, am 22. November 1890, General Charles de Gaulle (!) geboren wurde – heute auch Frankreichs größte Universitätsstadt mit 80.000 Studierenden! Dicht.

Oder das Büro in Strasbourg, ein ganz besonderer Ort im komplexen deutsch-französischen Verhältnis. Dicht. Und auch Bordeaux, eines der erfolgreichsten Goethe-Institute in Frankreich mit beeindruckender Resonanz – alles dicht.

Dazu Turin (eine von Europas Gründungsstädten mit großem Mythos), Triest, an der Schnittstelle zum Balkan gelegen, Genua, genauso wichtig als Hafenstadt wie Rotterdam in den Niederlanden. Oder auch in Osaka in Japan; überall dort sind unsere Goethe-Institute heute geschlossen!

Und sogar in Trumps wirren Zeiten macht Deutschland sein einziges großes Kulturinstitut in Washington dicht.

Als ob wir keinen solchen Kultur-Brückenkopf, gerade in diesen historischen Zeiten, genau dort, in den USA bräuchten!

Keine dieser Schließungen ist politisch begründbar, geschweige denn haushälterisch relevant. Es ist eine Politik, die verdrossen macht. Versprochen – gebrochen.

Genau aus solchen Gründen wenden sich die Menschen immer deutlicher von den etablierten politischen Kräften in unseren Demokratien ab. In Deutschland, in Frankreich, wie in den Niederlanden, in Italien oder in den USA.

Aber wir lassen uns nicht entmutigen! Trotz manchem Frust! Die engagierte Basis liebt und lebt aktiv die deutsch-französische Freundschaft! Und für den von Friedrich Merz ebenfalls geforderten verstärkten Schüleraustausch stehen auch 2026 leider nicht ausreichende Mittel zur Verfügung. Einige engagierte Akteure aus deutsch-französischen Städtepartnerschaften berichten von abgelehnten Anträgen, da das Deutsch-Französische Jugendwerk an seine Kapazitätsgrenzen stößt. Frust auf ganzer Linie, die Basis mosert verständlicherweise, meist noch leise. Und versucht trotzdem, weitere Schüleraustausche auch 2026 zu organisieren.

Frankreich ist kaum noch in der Lage, eine stabile Regierung zu bilden oder einen ausgeglichenen Haushalt aufzustellen. Die daraus resultierende Misere wird für uns alle leider immer deutlicher sichtbar. Auch wenn sich das deutsch-französische Verhältnis in jüngster Zeit stellenweise verbessert haben mag, bleibt klar:

Gerade mit Blick auf die grenzüberschreitend aktive Zivilgesellschaft wurde bisher noch zu wenig getan,

um die über die Grenzen hinweg verbundenen Bürgerinnen und Bürger so zu unterstützen, wie sie es sich wünschen. Der Bedarf ist groß, die Begeisterung wartet nur noch auf ein Signal der Politik, um sich endgültig Bahn zu brechen! Mindestens müsste der Bürgerfonds so schnell wie möglich von derzeit fünf auf zehn Millionen Euro verdoppelt werden!

Diese, vor sieben Jahren, aus dem Aachener Vertrag von 2019 hervorgegangene Projektförderung für zivilgesellschaftliche Initiativen ist eines der effektiven Elemente des Vertrags – doch sie ist bereits vielfach überzeichnet und bräuchte ganz dringend mehr Geld für eine verstärkte und neu zu belebende deutsch-französische Verständigung.

Leider ist der auch gestrige Deutschland-Frankreich-Tag wieder ohne eine solche wichtige symbolische Entscheidung vergangen. Deutschland hätte problemlos auch alleine den Fonds Citoyens von 5 auf 10 Mio. EURO verdoppeln können –

als ein echtes Zeichen des guten Willens an die deutsch-französische Bürgerschaft, im Bewusstsein, dass Paris derzeit leider selbst zu solchen Entscheidungen offenbar nicht in der Lage ist.

Und genauso komplex sieht es aus, wenn wir von der kleinen bescheidenen Kulturpolitik, die Menschen verbinden kann und soll, auf die großen sicherheitsstrategischen Fragen in Europa und der Welt blicken:

Was wir soeben in Davos gelernt haben, ist, dass eine gemeinsame europäische Standhaftigkeit zu Meinungsänderungen auch bei sehr großen und mächtigen Führern führen kann. Natürlich bestimmen dazu auch Umfragen im eigenen Land mit und ganz sicher, bei diesem amerikanischen Präsidenten, vor allem auch die, die das Geld verdienen und verdienen wollen, was er ihnen auf der ganzen Welt scham- und gnadenlos organisiert.

Den Ukraine-Krieg, den er vielfach böseartig als „Bidens war“ bezeichnete, obwohl es Putins völkerrechtswidriger Angriffskrieg ist, hat er kostenmäßig weitestgehend auf die Europäer übertragen, die nun mit ihrem Geld die Waffen in seinem Amerika kaufen, die die Ukraine solange schützen sollen, bis dieser furchtbare Krieg in Europa beendet ist.

Von einer Befreiung der zu Unrecht besetzten Gebiete spricht realistischweise niemand mehr. Wir müssen abwarten, was nun zwischen Amerikanern, Ukrainern und Russen verhandelt wird. Europa sitzt auch heute in den Vereinigten Arabischen Emiraten wieder einmal nicht am Tisch. An dieser „Selbstentmündigung“, wie Armin Laschet es jüngst kritisierte, ist Europa selbst schuld.

Wir haben nämlich leider auch die sicherheitspolitischen Notwendigkeiten, von denen schon Adenauer und de Gaulle sprachen, nicht mit der notwendigen Konsequenz vorangetrieben. Frankreich hat viel angeboten, Deutschland hat immer auf die USA geschielt und viel zu oft gezögert.

Jetzt wackelt das europäische Haus, weil weder die ökonomische, noch die sicherheitstechnische Statik ausbalanciert ist.

Zuviel Brüsseler Vorschriften-Bürokratie im Kleinen, zu wenig geo-strategisches Denken im Großen.

Wenn sich Europa weiterhin als große Macht im Verhältnis zu den USA, China und Russland definieren will, wo die Stärke des Rechts gilt und eben nicht das Recht des Stärkeren und wo die Menschen in Wohlstand, Frieden und Freiheit leben sollen, dann muss es sich auf seine Stärken auch neu besinnen. Dass dafür mindestens Frankreich und Deutschland geeint vorangehen müssen, ist eine alte Erkenntnis, wie wir spätestens seit Adenauer und de Gaulle wissen.

Sandra Weeser, ehemalige FDP-Abgeordnete im Deutschen Bundestag und Deutsch-Französin, bringt es so auf den Punkt, wenn sie zum 22. Januar 2026 schreibt:

„Gerade deshalb ist der Jahrestag des Élysée-Vertrags mehr als ein historisches Erinnerungsdatum. Er ist ein Maßstab.

Der Vertrag stand nie nur für Versöhnung, sondern für den politischen Willen, aus Verantwortung heraus voranzugehen, auch gegen Widerstände, auch unter Unsicherheit. Ihn heute zu feiern, ohne seine sicherheitspolitische Konsequenz einzulösen, hieße, sein Erbe zu entpolitisieren.

Die deutsch-französische Woche ist damit kein Anlass für Selbstlob, sondern für eine Bilanz. Sie stellt die Frage, ob die besondere Verantwortung beider Länder noch als Verpflichtung verstanden wird oder nur als rhetorische Referenz. Freundschaft allein schützt nicht. Führung schon.

Der Élysée-Vertrag erinnert daran, was politischer Wille bewirken kann. Die sicherheitspolitische Realität zeigt, was heute unausweichlich ist. Wer den europäischen Pfeiler ernst meint, muss ihn jetzt mit Entscheidungen unterlegen, nicht mit weiteren Ankündigungen. Die deutsch-französische Verantwortung bemisst sich nicht an ihrer Geschichte, sondern an ihrer Bereitschaft, Führung praktisch zu organisieren. Europa wird nicht daran scheitern, dass es zu wenig weiß, sondern daran, dass es zu lange zögert.“ (Zitat Ende)

Das erinnert doch verdammt stark an unser eben zitiertes Film-Gespräch von Adenauer und de Gaulle. Diese beiden Männer wussten, was Führung heißt und wollten im Angesicht der Geschichte vor allem eines nicht: zögern.

Also schufen sie Fakten, die heute unsere Wirklichkeit sind. Dieser Verantwortung müssen wir uns stellen – jede und jeder an seinem Platz.

Präsident Macron hat übrigens die besondere Symbolik des gestrigen EU-Gipfels in einem Online-Statement gestern Abend unter einem Foto von sich und Merz bewusst so zusammengefasst:

« En cette journée de l'amitié franco-allemande, nous nous retrouvons !

Moment important de coordination entre l'Allemagne et la France avant de nous réunir à 27 au Conseil européen.

63 ans après la signature du Traité de l'Élysée, ensemble, nous portons une Europe plus forte, plus unie et plus souveraine. »

„An diesem Tag der deutsch-französischen Freundschaft kommen wir zusammen.

Ein wichtiger Moment der Abstimmung zwischen Deutschland und Frankreich, bevor wir uns im Europäischen Rat zu 27 versammeln.

63 Jahre nach der Unterzeichnung des Élysée-Vertrags tragen wir gemeinsam eine stärkere, geeintere und souveränere Europäische Union.“ –

Und Bundeskanzler Merz? Laut KI-Auskunft gibt es keine spezifische Äußerung zum Deutsch-Französischen Tag gestern. In den verfügbaren Nachrichten findet sich keine Rede, kein Statement und kein Social-Media-Beitrag, der sich explizit auf den Deutsch-Französischen Tag (22. Januar) bezieht. Und auch die digital durchkämmten gestrigen Meldungen enthalten keine entsprechende Äußerung.

Das ist sehr schade!

Immerhin war gestern auch der siebte Jahrestag des „Aachener Vertrages“, der uns, neben dem schon ausführlich zitierten Bürgerfonds, auch noch viele andere, viel größere Aufgaben abverlangt.

In der Außen- und Sicherheitspolitik, mit einer gemeinsamen Verteidigung, dem gemeinsamen Ausbau der militärischen Zusammenarbeit,

mit der Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes, mit Blick auf Innovation, Digitalisierung und Forschung.

Dazu kommt die unbedingte grenzüberschreitende enge Zusammenarbeit in allen wichtigen Lebensbereichen, wie Gesundheit, Verkehr, Bildung und Verwaltung.

Wer die Wirklichkeit kennt, weiß, wie zäh dieses Geschäft bis heute leider nur vorankommt.

Dazu kommen noch Kultur, Bildung, Jugendförderung, gemeinsame Medienprojekte, europäische Integration und die deutlich zu verstärkende institutionelle Zusammenarbeit. Alles in Aachen unterschrieben. Große, wichtige Aufgaben, die in jeder Hinsicht unsere beiden Länder herausfordern!

Die Größe Europas hat auch mit großen Worten und mit Symbolen zu tun. Und vor allem mit konkreten Entscheidungen. Die Alten wussten das. Wir, Älteren, wissen das auch. Jetzt kommt es darauf an, dieses Wissen und diese Herausforderungen auch an die Jüngeren so weiterzugeben, dass Europa eine große und friedliche gemeinsame Zukunft vor sich hat.

Das beginnt im ganz Kleinen und mündet im ganz Großen. Und manchmal entscheidet ein einziges Treffen an einem einzigen Tag über das Schicksal einzelner Menschen wie eines ganzen Kontinents.

Das wissend, dürfen wir unsere Chancen und Möglichkeiten nicht „verspielen“, sondern müssen sie immer wieder neu bedenken, abwägen und nutzen.

Vive la France, es lebe Deutschland, es lebe Europa! Und es lebe die deutsch-französische Freundschaft!

Vielen Dank! Merci beaucoup!